
SONDERAUSGABE OKTOBER 2025

CHINA H

近觀中國



NEWSLETTER DER
CHINESISCHEN BOTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen stand im Zeichen der Reflexion und Erneuerung. In einer Zeit wachsender Unsicherheit, geopolitischer Spannungen und globaler Krisen wurde das Fundament der internationalen Zusammenarbeit – die Charta der Vereinten Nationen – von den Staats- und Regierungschefs der Welt bekräftigt. Das Motto „Gemeinsam besser“ war mehr als ein Slogan: Es spiegelte den dringenden Wunsch wider, die Prinzipien des Multilateralismus zu bewahren und zugleich die Vereinten Nationen an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

In dieser Atmosphäre zwischen Hoffnung und Wirklichkeit wurde deutlich, dass globale Governance heute einen Balanceakt verlangt zwischen Reformdruck und Stabilitätsbedürfnis, zwischen nationalen Interessen und kollektiver Verantwortung.

Besonders China positionierte sich dabei als Kraft der Kontinuität. Mit seiner Betonung von Souveränität, Entwicklung und internationaler Gleichberechtigung plädierte man für eine UN, die inklusiver, gerechter und repräsentativer wird.

Chinas Rolle als Stabilisator und Reformbefürworter hebt sich in einer Zeit hervor, in der multilaterale Institutionen auf dem Prüfstand stehen. Das Engagement für Kooperation statt Konfrontation und für den Schutz der gemeinsamen globalen Werte unterstreicht, dass die Zukunft der Vereinten Nationen nicht in Spaltung, sondern in gemeinsamer Verantwortung liegt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre CHINAH-Redaktion



„DIE RESOLUTION 2758 GILT BIS HEUTE ALS BESTANDTEIL DER INTERNATIONALEN ORDNUNG.“

1. Die Taiwan-Frage: Historischer Kontext und aktuelle Relevanz

Die Resolution 2758 der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde 1971 verabschiedet und stellte die rechtmäßigen Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen wieder her. Sie legte fest, dass die Regierung der Volksrepublik China die einzige rechtmäßige Vertretung Chinas bei den UN ist und dass Taiwan als Teil Chinas gilt. Damit wurde die Frage der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen rechtlich abgeschlossen.

Die Resolution stützt sich auf historische Grundlagen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. In der Kairoer Erklärung von 1943 sowie in der Potsdamer Erklärung von 1945 wurde festgelegt, dass alle von Japan besetzten chinesischen Gebiete, darunter Formosa (das heutige Taiwan) und die Pescadorensen-Inseln, an China zurückgegeben werden müssen. Diese Vereinbarungen bilden einen wesentlichen Bestandteil der internationalen Nachkriegsordnung und sind die historische Grundlage für die Wiedervereinigung Chinas

mit Taiwan. Auf dieser Basis gilt die **Resolution 2758** bis heute als Bestandteil der bestehenden internationalen Ordnung. Sie bildet die Grundlage für die Anwendung des Ein-China-Prinzips in den Vereinten Nationen und in internationalen und regionalen Organisationen. In offiziellen UN-Dokumenten wird Taiwan als „Taiwan, Provinz Chinas“ bezeichnet. Seit der Annahme der Resolution haben 183 Staaten darauf basierend diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen.

Im Vorfeld der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung erhoben einige **US-Abgeordnete grundlos Kritik** an der Auslegung der Resolution und stellten China unberechtigterweise an den Pranger, indem sie behaupteten, das Ein-China-Prinzip werde instrumentalisiert, um Taiwan politisch zu isolieren. Gleichzeitig befürworteten sie in unangemessener Weise eine verstärkte Einbindung Taiwans in internationale Organisationen. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass die Resolution 2758 der Vereinten Nationen sowie

die damit verbundenen Beschlüsse den Status Taiwans als Teil Chinas völkerrechtlich eindeutig definieren. Durch ihr Vorgehen untergraben die USA bewusst die internationale Nachkriegsordnung und greifen in unzulässiger Weise in die inneren Angelegenheiten Chinas ein. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen dar und ist inakzeptabel. Die chinesische Regierung muss diese Einmischung in ihre souveränen Rechte auf das Schärfste verurteilen und entschieden zurückweisen.

Die Zukunft Taiwans liegt in der Wiedervereinigung mit China. Ein starkes und wohlhabendes Mutterland wird den Menschen in Taiwan Sicherheit, Würde und größere Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Der Prozess der nationalen Wiedervereinigung ist historisch unvermeidlich und ein nicht aufzuhaltender Bestandteil der chinesischen Entwicklung.



2. Reform der globalen Governance: Bekräftigung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen

Zum 80. Jahrestag der Vereinten Nationen (UN) steht die Weltorganisation im Zentrum globaler Diskussionen über Frieden, Entwicklung und Governance. Trotz tiefgreifender Spaltungen, geopolitischer Spannungen und wachsender Zweifel an ihrer Wirksamkeit betonten Staats- und Regierungschefs in der Generaldebatte der 80. UN-Generalversammlung die unverzichtbare Rolle der UN als Plattform für Dialog, Frieden, Gleichberechtigung und multilaterale Zusammenarbeit.

Führende Politiker und Generalsekretär António Guterres erinnerten an die **Gründungsvision** einer Welt, die aus den Trümmern des Krieges Hoffnung schöpfte, und rufen zu einer Erneuerung des Multilateralismus auf, um Krisen sowie Konflikte, Klimawandel, Ungleichheit und technologische Risiken zu bewältigen. Viele Redner mahnten Reformen an, um die Vertretung des Globalen Südens zu stärken und die Effektivität der Organisation zu erhöhen. Inmitten von Herausforderungen wie Finanzierungsdefiziten, Desinformation und wachsendem Unilateralismus forderten zahlreiche Länder eine gerechtere, inklusivere

und handlungsfähigere globale Governance.

China ist ein zentraler Befürworter einer gestärkten UN. China betont seine Unterstützung für die Charta der Vereinten Nationen und Staatspräsident Xi Jinping hat mit der

„CHINA HAT SEINE ROLLE ALS FÜHRENDER AKTEUR IN FRIEDENSSICHERUNG, ENTWICKLUNG UND INSTITUTIONELLEN REFORMEN AUSGEBAUT, IST DER GRÖSSTE TRUPPENSTELLER UNTER DEN STÄNDIGEN MITGLIEDERN DES SICHERHEITSRATS UND FINANZIERT ÜBER DEN CHINA-UN-FRIEDENS- UND ENTWICKLUNGSFONDS ZAHLREICHE PROJEKTE WELTWEIT.“

Global Governance Initiative (GGI) ein Konzept vorgelegt, das auf souveräner Gleichheit, internationaler Rechtsstaatlichkeit, Multilateralismus und einem menschenzentrierten Ansatz basiert. Die GGI wurde

als eine konstruktive Antwort auf Spaltungstendenzen gewertet. China hat seine Rolle als führender Akteur in Friedenssicherung, Entwicklung und institutionellen Reformen ausgebaut, ist der größte Truppensteller unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats und finanziert über den China-UN-Friedens- und Entwicklungsfonds zahlreiche Projekte weltweit. Mit Initiativen in den Bereichen globale Sicherheit, Entwicklung, Zivilisation und digitale Governance trägt China dazu bei, die UN an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Insgesamt zeigen die Diskussionen der 80. Generalversammlung, dass die UN trotz aller Kritik unverzichtbar für kollektive Lösungen bleibt. Angesichts wachsender Krisen besteht breiter Konsens, dass die Zukunft der internationalen Ordnung in Kooperation, Reform und gemeinsamem Handeln liegt – im Sinne des ursprünglichen Versprechens von 1945: Frieden, Solidarität und gemeinsame Entwicklung für die Menschheit.

„ALS GRÖSSTES ENTWICKLUNGS-
LAND STEHT CHINA WEITERHIN
AN DER SEITE DES GLOBALEN
SÜDENS, FÖRDERT OFFENHEIT,
FRIEDEN UND INKLUSIVITÄT
UND BLEIBT EIN VERLÄSSLICHER
MOTOR GLOBALER STABILITÄT,
NACHHALTIGKEIT UND
GEMEINSAMER PROSPERITÄT.“



3. Klima und Entwicklung: Verpflichtungen in Maßnahmen umsetzen

Anlässlich der 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen bekräftigte China seine zentrale Rolle bei der Förderung von Frieden, Entwicklung und globaler Zusammenarbeit. Staatspräsident **Xi Jinping** und Ministerpräsident **Li Qiang** betonten in ihren Reden Chinas Engagement für Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung, Multilateralismus und eine gerechte Weltordnung.

Auf dem UN-Klimagipfel stellte Staatspräsident Xi neue ambitionierte Ziele vor: Bis 2035 sollen Chinas Netto-Treibhausgasemissionen um 7–10 % sinken, der Anteil nicht-fossiler Energien über 30 % steigen und die installierte Leistung

„AUF DEM UN-KLIMAGIPFEL
STELLTE XI JINPING NEUE
AMBITIONIERTE ZIELE VOR.“

von Wind- und Solarenergie auf 3.600 Gigawatt anwachsen. Xi rief zu globaler Fairness, technologischer Kooperation und Unterstützung der Entwicklungsländer auf, um die Kluft zwischen Nord und Süd zu verringern. Ministerpräsident Li Qiang

hob in seiner UN-Rede Chinas Engagement als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und aktiver Verfechter des Multilateralismus hervor. Er betonte, dass Frieden, Entwick-



lung, Solidarität und Gerechtigkeit universelle Werte bleiben müssen. China trage durch Initiativen wie die Globale Entwicklungsinitiative (GDI), die Globale Sicherheitsinitiative, die Globale Zivilisationsinitiative und die Globale Governance-Initiative maßgeblich zur Stärkung der internationalen Ordnung bei. Besonders die GDI, die über 130 Länder unterstützen, gilt als bedeutender Beitrag Chinas zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie fördert offene Märkte, technologische Innovation, grüne Transformation und Partnerschaften

mit Entwicklungsländern. Auf einem hochrangigen UN-Treffen kündigte Li zudem an, dass China seine Investitionen in globale Entwicklungsprojekte erhöhen und neue Formen internationaler Kooperation im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) fördern werde.

Mit der Entscheidung, in künftigen WTO-Verhandlungen auf neue Sonderbehandlungen zu verzichten, unterstreicht China seine Verantwortung als große Handelsnation und seine Führungsrolle beim Schutz des multilateralen Handelssystems. Als größtes Entwicklungsland steht China weiterhin an der Seite des Globalen Südens, fördert Offenheit, Frieden und Inklusivität und bleibt ein

„LI QIANG HOB CHINA ALS
VERFECHTER DES MULTI-
LATERALISMUS HERVOR.“

verlässlicher Motor globaler Stabilität, Nachhaltigkeit und gemeinsamer Prosperität.



4. Gender und Inklusion: Von Beijing 1995 bis Beijing 2025

Anlässlich des 30. Jahrestags der Vierten Weltfrauenkonferenz von 1995 fand im Oktober 2025 in Beijing das Global Leaders' Meeting on Women statt, das gemeinsam von China und UN Women organisiert wurde. Unter dem Motto „Eine gemeinsame Zukunft: Neuer und beschleunigter Prozess für die umfassende Entwicklung von Frauen“ versammelten sich zahlreiche Staats- und Regierungschefs, um über Wege zur Förderung der weltweiten Gleichstellung der Geschlechter zu beraten.

In seiner **Grundsatzrede** betonte Chinas Staatspräsident Xi Jinping die historische Bedeutung der Beijinger Erklärung und forderte die internationale Gemeinschaft auf, den globalen Fortschritt für Frauen durch Frieden, Entwicklung, Schutz der Rechte und internationale Kooperation zu beschleunigen. Xi legte vier zentrale Initiativen vor: den Aufbau eines friedlichen Umfelds für Frauen, die Förderung innovativer Entwicklung, die Stärkung von Governance-Strukturen zum Schutz der Frauenrechte und die Vertiefung

der globalen Zusammenarbeit. China hat in den letzten Jahrzehnten historische Fortschritte bei der Förderung der Frauen erzielt. Unter der Führung von Xi Jinping und der Kommunistischen Partei wurde die nationale Politik der Geschlechtergleichstel-

„MEHR ALS 690 MILLIONEN FRAUEN IN CHINA HABEN DEN SPRUNG IN DEN MODERATEN WOHLSTAND GESCHAFFT, DIE MÜTTERSTERBLICHKEIT SANK UM FAST 80 % UND FRAUEN STELLEN ÜBER 40 % DER ERWERBSTÄTIGEN SOWIE MEHR ALS DIE HÄLFTE DER HOCHSCHULABSOLVENTINNEN.“

lung vollständig umgesetzt. Mehr als 690 Millionen Frauen haben den Sprung in den moderaten Wohlstand geschafft, die Müttersterblichkeit sank um fast 80 %, und Frauen stellen über 40 % der Erwerbstätigen sowie mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventinnen. Chinesische

Frauen tragen „die Hälfte des Himmels“ – sie prägen Wissenschaft, Unternehmertum, Sport und Politik gleichermaßen. Xi kündigte an, dass China in den kommenden fünf Jahren 10 Millionen US-Dollar an UN Women spenden, 50.000 Frauen zu Trainings nach China einladen und ein Globales Zentrum zur Stärkung der Fähigkeiten von Frauen einrichten werde. Auch internationale Projekte – etwa im Rahmen der Belt and Road-Initiative, der BRICS und der Shanghai Cooperation Organization – fördern die Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen weltweit. Mit diesen Maßnahmen unterstreicht China seine Rolle als treibende Kraft der globalen Frauenförderung. Xi Jinping betonte, dass China zu einem verantwortungsbewussten Akteur geworden ist, der seine Erfahrungen, Ressourcen und Weisheit in den Dienst einer gemeinschaftlichen, inklusiven Zukunft für alle Frauen der Welt stellt.



5. Technologie und KI-Governance: Aufbau einer gemeinsamen digitalen Zukunft

China hat auf einem hochrangigen Treffen in Beijing im Rahmen der Globalen Entwicklungsinitiative die „**AI+ Internationale Kooperationsinitiative**“ vorgestellt. Ziel dieser Initiative ist es, die Künstliche Intelligenz (KI) tiefgreifend in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu integrieren und sicherzustellen, dass ihre Vorteile allen Ländern, insbesondere dem Globalen Süden, zugutekommen. Dabei folgt China der Vision einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit und betont, dass KI nicht nur eine technologische Aufwertung, sondern eine umfassende gesellschaftliche Transformation mit weitreichenden Auswirkungen darstellt. Sie soll eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung spielen. Die Initiative ruft alle Staaten auf, ihren jeweiligen nationalen Gegebenheiten entsprechend KI+-Kampagnen in fünf zentralen Bereichen umzusetzen:

1.) KI+ öffentliches Wohlergehen – Einsatz von KI zur Verbesserung der Lebensqualität, etwa durch intelligente Gesundheitsversorgung, Telemedizin, bessere Bildungschancen und digitale Inklusion.

„ZIEL VON CHINAS INITIATIVE IST ES, KI TIEF IN DIE ENTWICKLUNG ZU INTEGRIEREN UND SICHERZUSTELLEN, DASS IHRE VORTEILE ALLEN LÄNDERN, INSBESONDERE DEM GLOBALEN SÜDEN, ZUGUTEKOMMEN.“

2.) KI+ technologischer Fortschritt – Förderung globaler Innovationen, Verkürzung von Forschungszyklen und Stärkung interdisziplinärer wissenschaftlicher Zusammenarbeit.

3.) KI+ industrielle Anwendung – Modernisierung traditioneller Industrien, Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Stabilisierung globaler

Lieferketten durch KI-basierte Lösungen.

4.) KI+ kultureller Wohlstand – Nutzung von KI zur Bewahrung und digitalen Aufbereitung kulturellen Erbes, Förderung des zivilisatorischen Austauschs und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Nationen.

5.) KI+ Talentförderung – Aufbau internationaler Bildungskooperationen, Ausbildung von KI-Fachkräften mit digitaler Kompetenz und globaler Perspektive, um Länder besser auf das KI-Zeitalter vorzubereiten.

China ist ein Initiator und Förderer globaler KI-Zusammenarbeit, der durch gegenseitigen Respekt, gemeinsamen Nutzen und Wissensaustausch eine inklusive, sichere und innovative Zukunft schaffen will, in der KI zum Motor für Fortschritt, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung weltweit wird.



6. Geopolitik und Multilateralismus unter Druck

Während der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York stand die Forderung nach einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts erneut im Mittelpunkt der internationalen Debatte. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs, darunter aus Brasilien, Indonesien, Jordanien und Kasachstan, bekräftigten ihre Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung als einzig gangbaren Weg zu dauerhaftem Frieden.

UN-Generalsekretär António Guterres warnte eindringlich vor der dramatischen humanitären Lage im Gazastreifen und mahnte die Umsetzung der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs sowie einen sofortigen Waffenstillstand an.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erklärte im Rahmen einer gemeinsam mit Saudi-Arabien geleiteten Konferenz offiziell die Anerkennung des Staates Palästina – ein Schritt, dem sich inzwischen über

150 Länder angeschlossen haben. Auch Großbritannien, Kanada, Australien und Portugal sprachen sich jüngst für einen palästinensischen Staat aus, um den festgefahrenen Friedensprozess wiederzubeleben.

„CHINA RIEF DAZU AUF, INTERNATIONALE DIFFERENZEN NICHT DURCH GEWALT, SONDERN DURCH DIALOG, DIPLOMATIE UND DIE EINHALTUNG DES VÖLKERRECHTS ZU REGELN.“

Vor diesem Hintergrund betonte China gemeinsam mit anderen Staaten im Rahmen der „Globalen Initiative zum humanitären Völkerrecht“ die Notwendigkeit eines multilateralen Ansatzes zur Konfliktlösung. China rief dazu auf, internationale Differenzen nicht durch Gewalt, sondern durch Dialog, Diplomatie und die Einhaltung des Völkerrechts zu

regeln. Die Initiative, der sich bereits Dutzende Länder angeschlossen haben, zielt darauf ab, die Menschlichkeit im Krieg zu wahren, zivile Opfer zu vermeiden und das multilaterale System der Vereinten Nationen zu stärken. China und seine Partner – darunter Frankreich, Brasilien, Jordanien, Kasachstan und Südafrika – unterstrichen, dass dauerhafter Frieden nur durch gemeinsame Verantwortung, gegenseitigen Respekt und multilaterales Konfliktmanagement erreicht werden könne. Im Sinne der UN-Charta forderten sie alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und Konflikte über friedliche Verhandlungen beizulegen. Damit setzt China ein deutliches Signal für Kooperation statt Konfrontation und für einen internationalen Dialog, der auf Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und nachhaltigem Frieden beruht.



7. Ausblick: Die Vereinten Nationen mit 80 Jahren – Erneuerung oder Neudefinition?

Die 80. Sitzung der UN-Generalversammlung markierte sowohl ein Gedenken an acht Jahrzehnte globaler Zusammenarbeit als auch einen Wendepunkt in einer Ära tiefgreifender technologischer, ökologischer und geopolitischer Umbrüche. Präsidentin Annalena Baerbock bezeichnete die Vereinten Nationen in ihrer Abschlussrede als „Haus der Diplomatie“, das trotz Spannungen und Krisen weiterhin relevant bleibe. Die Generaldebatte verdeutlichte die Notwendigkeit, die UN an neue Realitäten von künstlicher Intelligenz bis hin zu einer multipolaren Weltordnung anzupassen.

Die Sitzung offenbarte einerseits die Fragmentierung der internationalen Gemeinschaft – sichtbar etwa in den Auseinandersetzungen um die Palästinafrage oder im Verhalten der USA als Gastgeberland. Andererseits zeigte sie neue Ansätze für eine reformierte, pragmatische Multilateralität. Vor allem Chinas integrierte Agenda aus Souveränität, Entwick-

lung und Innovation könnte dabei richtungsweisend werden. Diese Agenda verbindet nationale Selbstbestimmung mit globaler Kooperation: technologische Innovation soll nicht der Dominanz einzelner Mächte

„CHINA IST EIN VERTRETER DES INKLUSIVEN MULTILATERALISMUS, DER DIE VEREINTEN NATIONEN VON INNEN HERAUS STÄRKEN WILL UND ZWAR DURCH MODERNISIERUNG STATT MARGINALISIERUNG.“

dienen, sondern gemeinsame Entwicklung fördern. Damit ist China ein Vertreter eines „inklusive Multilateralismus“, der die Vereinten Nationen von innen heraus stärken will, und zwar durch Modernisierung statt Marginalisierung. In diesem Sinne steht die Organisation vor der Aufgabe, Mechanismen zu schaffen, die den rasanten techno-

logischen Wandel, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, gerecht steuern, ökologische Verantwortung global verbindlich machen und geopolitische Spannungen durch Dialog und faire Entwicklung ausgleichen. Die Vielzahl an thematischen Gipfeln – zu Klima, nachhaltiger Entwicklung, Frauenrechten und KI-Governance – verdeutlicht diesen Anpassungsdruck.

Die 80. UN-Generalversammlung war somit weniger ein Rückblick als ein Prüfstein für die Zukunft multilateraler Ordnung. Wenn die UNO ihre Legitimität bewahren will, sollte sie Chinas Ansatz (Souveränität wahren, Entwicklung fördern, Innovation lenken) als Modell für ein neues Gleichgewicht zwischen nationalen Interessen und globaler Verantwortung ernsthaft integrieren.



Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Sollten Sie daran Interesse haben, ihn auch weiterhin mindestens einmal im Monat zu beziehen, dann können Sie ihn per Mail hier abonnieren:

newsletter.botschaftchina@gmail.com

[Hier finden Sie unser Newsletter-Archiv](#)

Wenn Sie Kommentare oder Anregungen zum Newsletter haben oder ihn abbestellen wollen, schreiben Sie uns gerne an dieselbe Adresse. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!



Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland
Märkisches Ufer 54, D-10179 Berlin